

Neues Luftfahrtgesetz stösst auf Kritik

Betroffene befürchten Wettbewerbsnachteil

Bern, 6. Okt. (sda) Bei der Revision des Luftfahrtgesetzes bläst dem Bundesrat ein eisiger Wind entgegen. Besonders die geplanten neuen Gebühren und Abgaben stossen auf heftigen Widerstand der Betroffenen. Der Entwurf sieht unter anderem eine neue Aufsichts-Abgabe von Fluggesellschaften, Flughäfen, Flugsicherung, Produktions- und Unterhaltsbetrieben und Flugschulen vor. Die Einnahmen von 18 Millionen Franken pro Jahr sollen dem Bundesamt für Zivilluftfahrt (Bazl) zufließen, etwa für neue Stellen.

Neu dürften die Flughäfen von den Fluggästen eine separate Sicherheitsgebühr für Passagier-, Gepäck- und Zutrittskontrollen verlangen. Für die Sicherheitsleute an Bord, die Überwachung der Flughafenumgebung und die Ein- und Ausreisekontrollen käme weiterhin die öffentliche Hand auf. Diese neuen Gebühren lehnen Skyguide, Swiss und der Dachverband der Schweizer Luft- und Raumfahrt, Aerosuisse, geschlossen ab. Die Swiss sieht in der Sicherheitsgebühr einen schweren Wettbewerbsnachteil. Die Gewährleistung der Sicherheit sei eine Aufgabe der öffentlichen Hand, wie es in der Stellungnahme heisst.

Ins gleiche Horn stossen der Gewerbeverband und die SVP. Es handle sich um nichts anderes als um neue Steuern, heisst es in der Stellungnahme der Partei. FDP und CVP lehnen zwar nicht die neue Aufsichts-Abgabe, wohl aber die Sicherheitsgebühr ab. Diese würde die Wettbewerbsfähigkeit schwächen, schreiben sie. Allein die SP ist den Plänen des Bundesrats gewogen. Das Bazl

brauche mehr Mittel für die Sicherheit. Zudem sei die Luftfahrt eine schwere Belastung für Umwelt und Gesundheit und müsse darum so weit wie möglich eingeschränkt werden.

Die Flugsicherungs-Gesellschaft Skyguide ihrerseits ist besorgt über die geplante Aufhebung des Artikels, welcher der Eidgenossenschaft erlaubt, von Skyguide erbrachte Leitungen im ausländischen Luftraum vorübergehend zu entschädigen. Ohne diese Mittel wäre Skyguide gezwungen, die Gebühren sofort um 14 Prozent zu erhöhen, schreibt das Unternehmen. Damit sei die Flugsicherung durch eine Schweizer Gesellschaft langfristig nicht gesichert.

Der Gewerbeverband, Economiesuisse und die FDP bedauern, dass das revidierte Gesetz keine Vorschriften zur Ausbildung enthält. Die meisten Befragten kritisieren zudem, dass das Gesetz die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Luftfahrt schwäche, statt sie zu stärken. Die Zustimmung aller Befragten findet nur der Vorschlag, die Kerosinsteuer auf Inlandflügen nicht mehr dem Strassenbau, sondern der Luftfahrt zukommen zu lassen. Es handelt sich um rund 44 Millionen Franken pro Jahr, die in Sicherheits- und Umweltmassnahmen fliessen sollen. Die Vorlage soll im Wesentlichen mehr Sicherheit und klarere Regeln bringen. Es ist die erste von drei Teilrevisionen. Ein zweites Revisionspaket zu den Bewilligungsverfahren für Infrastrukturanlagen und ein drittes zur Trägerschaft der Landesflughäfen werden 2009 bzw. 2010 in Angriff genommen.

